

dent Park Chung Hee wegen des ständig sinkenden internationalen Prestiges doch wieder die Zügel lockern muß. Ein führender katholischer und protestantischer Oppositionspolitiker bereiten sich jedenfalls bereits intensiv auf kommende Aufgaben vor. Beide geben an, sie seien dabei auf die Unterstützung der Christen angewiesen.

Politische Entwicklungen

Unter dem Anspruch der sozialistischen Nation

Vor dem 25. Jahrestag der „Gründung“ der DDR

Am 7. Oktober dieses Jahres wird die DDR mit erheblich gestiegenem Selbstbewußtsein und großem Aufwand den 25. Jahrestag ihrer Gründung feiern. Die DDR kann für sich verbuchen, daß alle Pläne, sie zu beseitigen bzw. weitgehend isoliert zu halten, gescheitert sind. Ungeachtet noch mancher innerer Schwächemomente hat sie sich unter der Knute der Partei und im Schutz der Sowjetmacht zu einem institutionell stabilen Staat entwickelt, dessen Existenz durch die Beistandsverpflichtungen der Warschauer-Pakt-Staaten mittelfristig zuverlässig gesichert ist. Inzwischen wird sie von über 100 Staaten der Welt völkerrechtlich als zweiter deutscher Staat anerkannt. Selbst die westlichen Siegermächte (USA, Großbritannien und Frankreich) haben im Viermächte-Abkommen über Berlin und in bilateralen Vereinbarungen die DDR faktisch anerkannt, ohne allerdings auf ihre sich aus den alliierten Kriegs- und Nachkriegsvereinbarungen ergebenden Rechte und Pflichten in Deutschland zu verzichten. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren die DDR ebenfalls anerkannt und deren Grenzen als unverletzlich erklärt, wengleich sie korrekt davon ausgeht, daß angesichts der Fortexistenz der Viermächterechte für die ganz Deutschland betreffenden Fragen es zwischen den beiden souveränen Staaten in Deutschland Beziehungen besonderer Art insofern gibt, daß sie zueinander nicht Ausland sind und immer noch eine einheitliche Nation existiert.

In der DDR hat sich indessen ein Staatsbewußtsein herausgebildet. Manches in der DDR wird von ihren Bürgern als Errungenschaft gewertet, mit der man sich identifiziert. Dazu gehörten zu einem Teil die erweiterten Bildungschancen durch das DDR-Bildungssystem, die man freilich nach Parteigesichtspunkten handhabt, so daß ganze Bevölkerungsschichten, insbesondere bekennende Christen,

diskriminiert werden, die umfangreichen Bemühungen zur Wahrung des Kulturerbes, die großzügige, aber politisch motivierte Förderung von Kunst, Wissenschaft und Sport. Auch die unbestreitbare Tatsache, daß die DDR mit Abstand den höchsten Lebensstandard und die besten Sozialleistungen unter den kommunistischen Staaten besitzt, stärkt die Identifizierung mit den staatlichen Institutionen.

In ihrer Innenpolitik ist die DDR gegenwärtig an einem auskömmlichen Verhältnis zur Bevölkerungsmehrheit interessiert. Wirtschaftliche und soziale Verbesserungen sollen die DDR westbegegnungsfähig machen. Wenn auch der vielfältige Druck auf die Kirchen nicht ab-, sondern deutlich zunimmt, so sucht die SED-Führung doch offenen Konfliktsituationen mit den Kirchenleitungen weitgehend auszuweichen. Die SED baut in stärkerem Maße auf die elementaren Auswirkungen kirchlicher Abnützungerscheinungen und des voranschreitenden Säkularisierungstrends. Auch heute noch kann man die DDR — wenn man sie in bezug auf Kirchenpolitik mit anderen kommunistischen Staaten vergleicht — als einen gemäßigten kommunistischen Staat ansehen.

Die Zahl der grundsätzlichen Regimegegner hat abgenommen. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist übrigens im wahrsten Sinne des Wortes in der DDR herangewachsen und den Verhältnissen in freiheitlich-demokratischen Staaten entwöhnt. Die sozialistische Gesellschaftsordnung scheint so von der Mehrheit der Bevölkerung einstweilen nicht mehr in Frage gestellt zu werden. Eine Vermenschlichung des Sozialismus mit mehr persönlicher Freiheit, weniger Gängelei und reduzierter ideologischer Indoktrination wird jedoch von breiten Bevölkerungskreisen ersehnt.

Friedliche Koexistenz als spezifische Form des Klassenkampfes

Alle „Geburtstagswürdigungen“ der DDR können aber nicht verdecken, daß das Regime permanent mit einem folgenschweren Widerspruch lebt: Einerseits appelliert es an den Leistungswillen der Menschen beim Aufbau des Sozialismus und strebt dabei nach einem Vertrauensverhältnis zum Volk, andererseits muß die SED-Führung dem Volk wichtige Freiheitsrechte (z. B. auf Reisen und Informationen) vorenthalten und damit doch zum Ausdruck bringen, daß man zum sozialistischen Bürger nur ein begrenztes Vertrauen hat. Das vorhandene Mißtrauen der Partei gegenüber den Massen und die Angst, daß der Bürger sich westlich infizieren könnte, offenbart, daß das unzweifelhaft gestiegene Selbstbewußtsein der Führung in entscheidenden Punkten noch keine stabile Basis besitzt.

Während die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Existenz zweier deutscher Staaten auf längere Sicht nüchtern als unveränderbare Realität ansieht, wird der Zusammenhalt der Nation eindeutig bejaht. Aufgrund eigener Beobachtungen erkennen die Menschen einerseits die unüberbrückbare Kluft der gesellschaftlichen Systeme in Deutschland, andererseits fühlen sie sich aber ebenso als Deutsche und sind bemüht, sich zum traditionellen geschichtlichen Erbe zu bekennen. Die Leugnung der einen deutschen Nation stößt selbst innerhalb der SED-Mitgliedschaft auf Unverständnis und wird als überspitzte Abgrenzungsmaßnahme gewertet.

Nach Beginn der Alliierten-Verhandlungen um Berlin und der deutsch-deutschen Regierungsgespräche und Vereinbarungen ist die SED-Führung in ihrer ideologischen Arbeit verstärkt bemüht, dem Problem „Koexistenz“ und „Nation“ große Aufmerksamkeit zu widmen, um gefährlichen Illusionen über gesamtdeutsche Harmonie und Wiedervereinigung entgegenzuwirken. Von der SED-Führung wird seitdem kontinuierlich betont, daß die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten nur auf dem völkerrechtlichen Grundsatz der friedlichen Koexistenz basieren dürfen und es zwischen ihnen keine Sonderbeziehungen mehr geben könne. In zahlreichen Artikeln wird klargestellt, daß *friedliche Koexistenz eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus* auf internationaler Ebene ist. Diese Politik bedeutet weder den Verzicht auf „den Kampf der Werktätigen gegen das Kapital“ noch eine Absage an den „nationalen Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker sowie dessen aktive Unterstützung“. Außer kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten sind alle anderen Formen des Kampfes ausdrücklich auch im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz gerechtfertigt, d. h. sowohl die politische und ideologische Auseinandersetzung und die wirtschaftliche Konkurrenz als auch der Bürgerkrieg, der bewaffnete nationale Be-

freiungskampf und auch das Ringen an der stillen Front (Spionage). Die SED betont in aller Offenheit, daß die politische, ideologische und wirtschaftliche Auseinandersetzung verstärkt entfaltet werden müsse, um damit die friedliche Koexistenz erst zu ermöglichen. Die Imperialisten sollen aus Schwäche daran gehindert werden, sich einer „fortschrittlichen“ Entwicklung mittels Krieg in den Weg zu stellen. Versuche evangelischer Bischöfe in der DDR, z. B. von *Hans-Joachim Fränkel*, den Begriff der Koexistenz auch auf das Verhältnis von Christen und Marxisten anzuwenden, wurden hart abgewiesen.

Obwohl die verstärkte Erläuterung des Begriffs „friedliche Koexistenz“ mehr als Abwehrmaßnahme gegenüber der eigenen Bevölkerung (und weniger als Interpretation für den Westen) einzustufen ist, so sollte man diese Grunderkenntnisse auch in der BRD berücksichtigen, wenn man die jüngsten Versicherungen von *Erich Honecker* richtig einordnen will, daß normale Beziehungen zwischen deutschen Staaten nur solche der friedlichen Koexistenz sein können.

„Ein neuer Typus von Nation“

Im Rahmen des kommunistischen Begriffs friedliche Koexistenz gelten solche Grundsätze, wie Achtung der Souveränität und der nationalen Integrität, Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt sowie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Auch im Westen wird friedliche Koexistenz so interpretiert, doch in der Frage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gibt es z. B. beträchtliche Unterschiede. Während die SED die Unterstützung der DKP als völlig legitim ansieht, verwahrt sie sich gegen eine publizistische Beeinflussung der DDR-Bevölkerung. Auch der Begriff „Normalisierung“ wird im Alltag der DDR viel, aber zum Teil mit einem anderen Begriffsinhalt gebraucht. Für die SED ist Normalisierung u. a. auch die „Anerkennung der Tatsache, daß der Prozeß der Abgrenzung zwischen DDR und BRD völkerrechtlich ein für allemal vollzogen ist“. Folglich ist derjenige, der weiterhin von der Einheit der Nation als fortexistierender gemeinsamer Klammer zwischen beiden deutschen Staaten ausgeht, aus SED-Sicht nicht nur ein „gesamtdeutscher Träumer“, sondern faktisch ein bewußter oder unbewußter Entspannungsfeind. Nachdem die SED-Führung die weltweite Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat durchgesetzt hat, ist als nächster entscheidender Schritt für die dauerhafte Stabilisierung der DDR die Etablierung einer DDR-Nation außerordentlich wichtig. Nur wenn dies gelingt, können die SED-Führer von einer mittel- zu einer wirklich tiefgreifenden langfristigen Abschirmung ihres Herrschaftsbereiches vor westdeutschen Wiedervereinigungserwartungen sprechen. Einer nationalen Wiedervereinigungspolitik der Deutschen würde damit jegliche Grundlage entzogen werden.

Schon in den letzten Jahren haben SED-Chef Honecker

und andere Mitglieder des Politbüros, z. B. *Hermann Axen, Kurt Hager, Albert Norden*, in recht eindeutiger Weise — entgegen früheren SED-Bekanntnissen zur Einheit der deutschen Nation — von der Entwicklung einer sozialistischen Nation in der DDR gesprochen. Honecker sagte auf dem VIII. Parteitag (Juni 1971):

„Mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauern-Macht und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft entwickelt sich ein neuer Typus der Nation, die sozialistische Nation. Im Gegensatz zur BRD, wo die bürgerliche Nation fortbesteht und wo die nationale Frage durch den unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen der Bourgeoisie und den werktätigen Massen bestimmt wird, der — davon sind wir überzeugt — im Verlaufe des welthistorischen Prozesses des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus seine Lösung finden wird, entwickelt sich bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik, im sozialistischen deutschen Staat, die sozialistische Nation.“

Um die politische Grundkonzeption der SED-Führung im Hinblick auf die Formierung einer sozialistischen deutschen Nation in der DDR zu untermauern und im Detail auch für die SED-Kader zu begründen, erschien im theoretischen Organ des Zentralkomitees der SED „Einheit“ im Februar-Heft 1974 ein bedeutsamer Artikel unter der Überschrift „Zwei deutsche Nationen, gesetzmäßiger Prozeß“. Verfasser dieses als offiziös zu wertenden Artikels sind die beiden Professoren des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, *Alfred Kosing* und *Walter Schmidt*.

In diesem Artikel wird die Zerreißung Deutschlands in zwei Nationen, einer kapitalistischen in der Bundesrepublik und einer sozialistischen in der DDR, faktisch als ein *unumkehrbarer gesetzmäßiger historischer* Prozeß dargestellt. Neu ist jetzt, daß dieser Prozeß nicht nur — wie bisher — mit der Entwicklung unterschiedlicher Staats- und Gesellschaftsordnungen begründet wird, sondern daß nun auch Veränderungen in der „ethnisch-sozialpsychologischen Komponente“ der DDR-Nation hervorgehoben werden.

Im einleitenden Abschnitt wird zunächst die historische Entwicklung der nationalen Frage in Deutschland nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges dargestellt. Selbstverständlich wird dabei den Westmächten und den „deutschen Imperialisten“ die Alleinschuld an der Zerreißung der staatlichen Einheit Deutschlands und der beginnenden Zerstörung der Einheit der deutschen Nation zugeschrieben. Im einzelnen wird dabei angeführt, welche vielfältigen vergeblichen Anstrengungen die SED einst mit ihren zahlreichen Appellen an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung unternommen hat, um die Vertiefung der Spaltung zu verhindern und normale Beziehungen, u. a. auch im Rahmen einer Konföderation beider Staaten, herzustellen.

Zur Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR wurde u. a. gesagt:

Auf der Grundlage der gesetzmäßigen gesellschaftlichen Entwicklung, des Aufbaus des Sozialismus und der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft formiert sich in der DDR eine sozialistische Nation. Das ist eine historische Realität. Die offizielle Politik der BRD und in ihrem Gefolge bürgerliche und sozialdemokratische Ideologen versuchen hartnäckig, diese Realität zu negieren und die Fiktion einer angeblich noch existierenden Einheit der deutschen Nation aufrechtzuerhalten, was letzten Endes auf die Fortführung der alten imperialistischen Politik der Eingliederung der DDR in den Herrschaftsbereich des Imperialismus hinausläuft. Diese Fiktion gründet sich auf eine unwissenschaftliche, idealistische Auffassung von der Nation als etwas von Klassen, Klassenkämpfen und Gesellschaftsordnungen Unabhängiges. Danach sei die Nation einzig und allein eine Sache des Gefühls, des Bewußtseins und Willens, der Kultur, der Psychologie und der Sprache. Im diametralen Gegensatz zu solchen rein idealistischen Nationsdeutungen, wonach ausschließlich subjektive, bewußtseinsmäßige Faktoren für eine Nation konstitutiv seien, läßt sich die SED bei ihrer Analyse und Politik von der materialistischen Auffassung leiten, daß die Entstehung und Entwicklung einer Nation von objektiven, materiellen Faktoren und den jeweiligen geschichtlichen Klassenkämpfen und Klassenkräften geprägt wird. Den Inhalt und Charakter der Nation als einer Entwicklungsform der Gesellschaft, als Gemeinschaft von Menschen, die durch nationale Bindungen auf einem bestimmten Territorium zusammengeschlossen sind, bestimmen nicht in erster Linie gewisse ethnische, sprachliche und sozialpsychologische Momente, sondern die jeweiligen ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft, die Klassenverhältnisse und das geschichtliche Handeln der Klassen, insbesondere der jeweils herrschenden, die Gesellschaft und Nation leitenden Klasse.

...

Die Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR ist eine gesetzmäßige Konsequenz der unter Führung der Arbeiterklasse nach 1945 durchgeführten gesellschaftlichen Umwälzungen. In dem Maße, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, die Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung übernahm und die materiellen Existenzgrundlagen der Gesellschaft sozialistisch umgestaltete, in dem Maße, wie sozialistische gesellschaftliche Verhältnisse entstanden und sich weiter entwickeln, gewann und gewinnt das nationale Leben auf dem Boden der DDR einen qualitativen neuen Inhalt. Im Gefolge und als notwendiger Bestandteil der sozialistischen Revolution und der Gestaltung des Sozialismus vollzieht sich gesetzmäßig der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Nation.“

Zunächst Strategie der Abgrenzung

Die Autoren gehen weiter davon aus, daß in der DDR bereits „eine selbständige sozialistische deutsche Nation existiert und sich weiter konsolidiert“. Gewisse ethnische Gemeinsamkeiten mit der BRD werden zwar nicht abgestritten, aber dies wird in einen geschichtlichen Zusammenhang gestellt und dann wird ganz klar von sich voll-

ziehenden Veränderungen der ethnisch-sozialpsychologischen Komponente der Nation der DDR gesprochen.

Da die sozialistische Nation in der DDR „historisch aus der revolutionären Umgestaltung eines Teils der früher einheitlich kapitalistischen deutschen Nation hervorgegangen ist, hat sie zwar gewisse ethnische Gemeinsamkeiten mit der kapitalistischen Nation in der BRD, befindet sich ihrem Inhalt und ihrem Charakter nach aber in einem unübersehbaren Gegensatz sowohl zur alten, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges existierenden kapitalistischen deutschen Nation als auch zur weiter existierenden kapitalistischen deutschen Nation in der BRD. Auch die ethnischen Elemente der Nation bleiben nicht ewig gleich, sondern unterliegen ebenfalls dem geschichtlichen Wandel. Angesichts der großen und tiefgreifenden Veränderungen, die sich im Bewußtsein, im Denken und Fühlen des Menschen in der DDR bereits vollzogen haben und weiter vollziehen, angesichts der Entwicklung eines neuen, sozialistischen Nationalbewußtseins, das untrennbar mit internationalistischem Denken verknüpft ist, möchten wir nachdrücklich unterstreichen, daß auch die ethnisch-sozialpsychologischen Komponenten unseres nationalen Lebens sich unter den neuen ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Bedingungen der sozialistischen Nation in der DDR bereits verändern.“

Im einzelnen werden dann die „unüberbrückbaren Gegensätze zwischen kapitalistischer und sozialistischer deutscher Nation“ dargestellt und abschließend wird in diesem Zusammenhang festgestellt:

„Die einheitliche deutsche Nation gehört damit der geschichtlichen Vergangenheit an. Die sozialistische und die kapitalistische Nation haben zwar eine gemeinsame geschichtliche Vergangenheit, aber keine gemeinsame Gegenwart und Zukunft mehr. Sie beruhen auf entgegengesetzten gesellschaftlichen Grundlagen, sie haben einen entgegengesetzten ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Inhalt, sie sind Entwicklungsformen entgegengesetzter Gesellschaftsformationen und setzen auch entgegengesetzte geschichtliche Traditionslinien fort. Deshalb kann es zwischen ihnen keine Einheit geben. Die Tatsache, daß zwischen der sozialistischen deutschen Nation und der kapitalistischen deutschen Nation ethnische Gemeinsamkeiten bestehen, kann daran nichts ändern, denn erstens ist die soziale Seite (die soziale Grundlage und der soziale Inhalt der Nation) entscheidend und zweitens werden ethnische Gemeinsamkeiten nur im Zusammenhang mit den sozialen Faktoren für die Nation bedeutungsvoll. Es gibt auch ethnische Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen, Österreichern, Schweizern und den französischen Elsässern und Lothringern, ohne daß es sich um nationale Gemeinsamkeiten handelt. Die Versuche, eine angeblich noch existierende einheitliche deutsche Nation zu konstruieren, sind darauf gerichtet, die gesetzmäßige Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR aufzuhalten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen.“

Aus dieser abschließenden Feststellung geht eindeutig hervor, warum die *Abgrenzung* auch in der Frage der Nation

mit so großer Entschiedenheit erfolgt. Wer an der Einheit der deutschen Nation festhält, gilt somit als Reaktionär, der sich dem geschichtlichen Fortschritt entgegenstellt. Demgemäß dient nur das Bekenntnis zur DDR-Nation dem Fortschritt und der stabilen langfristigen Etablierung des Sozialismus in der DDR. Die DDR ist nicht gewillt, sich in irgendeiner Form doch als Staat auf Zeit — bis zu einer späteren etwaigen Wiedervereinigung — zu verstehen. Der Begriff der einheitlichen Nation als Element für eine Wiedervereinigung oder als Klammer des Zusammenhalts der Deutschen ist ihr unbequem geworden. Die Bürger der DDR sollen zu den Bundesbürgern allmählich das gleiche Verhältnis gewinnen wie zu Ausländern aus anderen kapitalistischen Staaten.

Nahziel und Fernziel

In einem Abschnitt des Artikels wird dargestellt, wie auf der Grundlage des „sozialistischen gesellschaftlichen Seins“ die kommunistische Ideologie und Weltanschauung im wachsenden Maße bei allen Klassen und Schichten zum Fundament des geistigen Lebens der Nation geworden ist. Verständlicherweise wird dabei aber ignoriert, in welchem Ausmaß die Menschen in der DDR gerade um Abschirmung von der kommunistischen Ideologie bemüht sind. Zwar sind bedeutsame sich vergrößernde Unterschiede im Leben und in der Lebenshaltung der Menschen in beiden deutschen Staaten unübersehbar, doch noch wirkt das Bewußtsein deutsch — im einheitlichen Sinne — als Faktor von erheblichem Gewicht.

Mit der betonten Neuorientierung der SED in der nationalen Frage werden zugleich auch endgültig alle einstigen Konföderationsprojekte aufgegeben. Für die SED wurde damit eine *erhebliche Kursschwenkung* bekräftigt. Immerhin ist zu bedenken, daß bis Mitte der sechziger Jahre die SED mit Nachdruck gerade für die Einheit der deutschen Nation eintrat. Karl Jaspers einstiger Hinweis auf zwei deutsche Nationen wurde z. B. 1962 in der parteiamtlichen „Einheit“ (von Prof. *Alfred Kosing*) auftragsgemäß als „reaktionäre Utopie“ abqualifiziert. 1962 wies Kosing Jaspers Auffassung zurück, der einheitliche deutsche Nationalstaat sei nur eine Episode (Jaspers meinte: So, wie sich einst Österreich abgesondert und zur selbständigen Nation entwickelt habe, so werde auch die DDR diesen Weg gehen). Damals wurde auch bestritten, daß die Spaltung der deutschen Nation in zwei Staaten zur Entwicklung zweier deutscher Nationen führen könne.

Beachtenswert am Kosing-Artikel aus dem Jahre 1962 ist auch der Bezug auf die nationalen Probleme in zwei geteilten Staaten (Vietnam und Korea). 1974 fehlt diese Verbindung, weil sie nicht mehr ins Konzept paßt. Bis jetzt haben die Bruderparteien ihre Positionen nämlich nicht geändert. Der Parteichef Nordkoreas, *Kim Il Sung*, erklärte noch 1973 in einem Interview mit Harrison Salisbury von der „New York Times“:

„Wir Koreaner sind eine Nation mit derselben Sprache, demselben Alphabet und einer alten, gemeinsamen Tradition . . . Das koreanische Volk ist ein Volk von ein und demselben Blut.“

In ihrer staatlichen Politik orientiert sich die SED als *Nahziel* nun auch nicht mehr auf gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik und einer schrittweisen Angleichung der gesellschaftlichen Struktur beider deutscher Staaten in Richtung Sozialismus. Im Vordergrund steht jetzt die Stabilisierung der DDR auf historisch lange Sicht. Dazu ist vollständige nationale Eigenständigkeit erforderlich, um jedes Infragestellen der DDR zu vermeiden und die Abgrenzung zwischen beiden Staaten konsequent zu Ende zu führen. Die Frage der Wiedervereinigung wird von der SED nun nicht mehr gestellt. Selbst für die ferne Zukunft wird jede präzise programmatische Perspektivandeutung vermieden. Im erwähnten Grundsatzartikel aus der „Einheit“ heißt es diesbezüglich: „Die Frage, ob in späterer Zeit, wenn die Arbeiterklasse der BRD im Bündnis mit allen Werktätigen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und der Nation erkämpft haben wird, eine einheitliche sozialistische Nation entstehen kann, wird von der Geschichte entschieden werden, wenn dafür die notwendigen Bedingungen herangereift sind.“ Daß man auf diese Bedingungen hinarbeitet und eine sozialistisch geeinte deutsche Nation das verdeckte *Fernziel* ist, versteht sich von selbst.

Ob die DDR mit dieser Kampagne in absehbarer Zeit den gewünschten Erfolg erreichen wird, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Unzweifelhaft kann die erweiterte West-Ost-Begegnung nach Inkraftsetzung des Berlin-Abkommens und des Grundvertrages dazu beitragen, den Zusammenhalt der Menschen in beiden deutschen Staaten zu fördern — und dies kann den Prozeß des Auseinanderlebens zumindest verlangsamen. Allerdings: Sonntags-

reden mit nationalem Pathos nützen wenig, wenn zugleich das Interesse der Bundesbürger und Westberliner an Besuchen in der DDR erheblich nachläßt und nur sehr wenige bereit sind, Urlaubsreisen in die DDR zu unternehmen. Beachtenswert ist auch, daß in der Bundesrepublik Deutschland der Begriff der Nation gegenwärtig keineswegs unumstritten ist. Es geht hier weniger um einen Streit zwischen Regierungskoalition und Opposition, sondern um Unsicherheiten der Wissenschaftler. Die diesjährigen „Materialien“ zum Bericht zur Lage der Nation wurden von der Bundesregierung nur „zur Kenntnis genommen“, von Zustimmung war keine Rede. Über die Definition des Begriffs „Nation“, der diesmal im Mittelpunkt des Interesses stand, konnte keine Einigung erzielt werden. Zwischen der Bundesregierung und einem unabhängigen Wissenschaftlergremium unter Leitung von Prof. *Peter L. Ludz* gab es in der Beurteilung Differenzen. Mehrfach wurden seitens der Bundesregierung Überarbeitungswünsche geäußert. Die Quintessenz der wissenschaftlichen Arbeit widerspricht der politischen Auffassung, die die Bundesregierung vertritt.

In diesem Feld ist die Lage für die Bundesrepublik also keineswegs günstig. Während im Zusammenhang mit europäischen Initiativen in der Bundesrepublik Momente des Nationalen wenigstens scheinbar zurücktreten, kann nicht mehr übersehen werden, daß die DDR in einer Intensität, wie dies in der Bundesrepublik unbekannt ist, Elemente des nationalen Kulturerbes und der nationalen Tradition der Vergangenheit und der Gegenwart pflegt. Nation, Vaterland und Staat sind dort Faktoren, die als positive Werte in der alltäglichen Erziehung und Meinungsbeeinflussung herausgestellt werden. Zwar werden all diese Elemente mit kommunistischem Inhalt gefüllt, aber an deutsche Traditionen wird bewußt angeknüpft und ein manipuliertes neuartiges Geschichtsbewußtsein bei den Massen geschaffen.

Herbert Prauß

Interview

Sinnfrage, Glaube und Engagement

Ein Gespräch mit Prof. Klaus Hemmerle über den 84. Deutschen Katholikentag

Als Ergänzung unserer Sonderberichterstattung über den 84. Deutschen Katholikentag in Mönchengladbach (vgl. ds. Heft, S. 501 und 545) führten wir das folgende auf die Programmstruktur und begleitenden geistigen Unter-

strömungen konzentrierte Gespräch mit dem geistlichen Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Klaus Hemmerle (Freiburg/Bonn-Bad Godesberg).